



# kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



## Liebe Leserinnen und Leser,

Schwarz-Gelb trat 2009 an als „bürgerliche“ Koalition. CDU, CSU und FDP posierten als Repräsentanten des leistungsorientierten Bürgertums. Die Fassade fiel schnell in sich zusammen: Regierungschaos, Klientelpolitik, Steuerprivilegien, FDP-Parteileute, die ohne jede Scham reihenweise Staatsämter als Beute kassierten. Und eine große Scheinheiligkeit, wo es um Anstand und Moral geht. Dieses Muster zeigt sich jetzt wieder in der Debatte um Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Zuerst spuckten die Generalsekretäre große Töne, Peer Steinbrück müsse alle Einkünfte aus seinen Reden offen legen. Dann aber fiel auf, dass Union und FDP schon die Verschärfung der Transparenzregeln durch Rot-Grün, die heute geltend, 2005 abgelehnt hatten. Noch 2010 hat sich Schwarz-Gelb unserem Vorstoß widersetzt,

die über 7.000 Euro hinausgehenden Nebeneinkünfte genauer erkennbar zu machen. So scheinheilig ist die Debatte, die Schwarz-Gelb derzeit führt. Genauso scheinheilig ist auch die Debatte um die Strompreise. Wie Angriffe von Schwarz-Gelb auf SPD und Grüne nach hinten los gehen, zeigt auch die Auseinandersetzung um steigende EEG-Umlage und Strompreise. Rot-Grün soll die Schuld an den heutigen Preissprüngen zugeschoben werden. Das soll wohl von dem beispiellosen energiepolitischen Versagen der Regierung Merkel ablenken. Tatsache aber ist, was Bundesumweltminister Altmaier jetzt zugab. „Das EEG hat zehn Jahre gut funktioniert.“ Richtig, anders wäre die erfolgreiche Markteinführung der Erneuerbaren Energien, die heute einen Anteil von 25 Prozent ausmachen, gar nicht möglich gewesen. Durch die schwarz-gelbe Planlosigkeit allerdings sind die Probleme entstanden. Ein Beispiel: Die Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage, die im internationalen Wettbewerb stehen. Unter Rot-Grün waren ursprünglich rund 400 Betriebe befreit. Heute sind es bereits doppelt so viele und für 2013 haben sogar über 2.000 Unternehmen einen Antrag auf Befreiung gestellt. Viele Unternehmen nehmen diese Ausnahmen heute zu unrecht in Anspruch. Merkel hat darauf beim CDU-Parteitag in Celle nur eiskalt geantwortet: „No risk, no fun!“ – Merkels Spaß an einem Strompreiserisiko, das sie selbst heraufbeschworen hat, wird kaum jemand mitempfunden, der betroffen ist. Wir sagen: Strom darf kein Luxusgut werden!

Herzlichst  
**Kerstin Tack, MdB**

## Die Energiewende muss sozial verantwortlich umgesetzt werden

Wir alle merken es zurzeit: Energie wird teurer. Heizkosten und Benzinpreise steigen und auch die Strompreise sind davon betroffen. Dabei ist aber gerade die Höhe der Strompreise auch eine Folge von politischen Entscheidungen und dabei hat die jetzige Bundesregierung völlig versagt.

Die Energiewende war und ist gesamtgesellschaftlich gewollt. Rot-Grün hatte mit dem Atomausstieg und der Förderung der Erneuerbaren Energien die Grundlagen für eine moderne Volkswirtschaft geschaffen, die weniger von fossilen Energien abhängig ist.

Durch die Erfolgsgeschichte des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) stammt inzwischen fast ein Viertel unseres Stromes aus diesen erneuerbaren Quellen. Über die EEG-Umlage auf den Strompreis fördern wir alle Strom aus Erneuerbaren Energien (Grünstrom). Sie wird 2013 von derzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde auf rund 5,3 Cent steigen.

Neben der direkten Förderung von Grünstrom liegt aber mehr als die Hälfte der für die BürgerInnen durch die Umlage anfallenden Kosten in anderen Faktoren begründet:

*Fortsetzung auf Seite 2*



## Die Energiewende muss sozial verantwortlich umgesetzt werden

Fortsetzung von Seite 1

Merkel und Co. haben im letzten Jahr die Anhebung der EEG-Umlage aus politischen Gründen einfach aufgeschoben. Das wirkt sich jetzt doppelt aus. Bei der Erhöhung der Umlage geht auch nur rund ein Drittel des gesamten Anstiegs direkt als zusätzliche Förderkosten an Erneuerbare-Energie-Anlagen. Denn auch aus der Differenz zwischen Börsenpreis für Strom und Fördersatz berechnet sich die Umlage. Nimmt aber die Erzeugung bei Erneuerbaren zu, sinkt der Börsenpreis, denn die Stromnachfrage steigt ja nicht. Damit steigt paradoxerweise die durch uns Verbraucher zu zahlende Umlage aus dem EEG. Viele Unternehmen zahlen aber nicht nur weniger EEG-Umlage und profitieren von geringeren Strompreisen an der Börse, sondern sind außerdem von Energie- und Stromsteuern, Netzentgelten und weiteren Abgaben überwiegend oder ganz befreit. Doch während Rot-Grün sich auf die stromintensiven Unternehmen beschränkt hatte, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und es ca. 400 Befreiungen gab, sind es z.Zt. schon ca. 800 Unternehmen und nach der letzten EEG-Novelle von Schwarz-Gelb haben bisher über 2000 eine Befreiung beantragt.

Auch haben CDU/CSU, FDP und die großen Energieversorger seit dem Beginn der Energiewende auf eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gedrängt und dabei den konsequenten Systemumbau hintertrieben. Jetzt – nach dem erneuten Atomausstieg – zahlen wir für diese verlorenen Jahre und verschobene Kosten schlagen doppelt zu Buche.

Die SPD will die Energiewende sozial verantwortlich umsetzen und dafür sorgen, dass Energie für VerbraucherInnen bezahlbar bleibt.

Wir wollen u.a. den Handel mit Grünstrom ändern, damit der Strom besser vermarktet wird und Kosteneinsparungen bei den VerbraucherInnen ankommen. Die Begünstigung von Unternehmen bei Steuern und Umlagen muss begrenzt werden, und nur wer nachweislich im internationalen Wettbewerb steht, ist zu entlasten. Auch Anreize zum Stromsparen und zur Energieeffizienz müssen besser kommuniziert werden, flächendeckende Energieberatung und Unterstützung können dabei Familien mit geringem Einkommen helfen.

Mit einem Gesetzesentwurf zur Änderung des Mietrechts versucht die Bundesregierung aber auch noch zusätzlich die Energiewende durch die VerbraucherInnen bezahlen zu lassen. Neben der Duldungspflicht bei energetischen Sanierungsmaßnahmen soll das Recht des Mieters zur Mietminderung in den ersten drei Monaten entfallen. Gleichzeitig sollen aber die Kosten der Modernisierung mit elf Prozent auf die Mieter umgelegt werden können. Das hat zur Folge, dass viele Mieter die Mieterhöhungen nach energetischen Modernisierungen nicht verkraften können. Dagegen wehren wir uns.

Wir wollen diese Last nicht einseitig auf die MieterInnen schieben. Wir wollen das soziale Mietrecht erhalten und klimagerecht ergänzen. Wohnraum muss sozial, klimagerecht und wirtschaftlich verantwortlich im Quartier und städtischen Gesamtbild gestaltet werden.

## Kerstin Tack unterwegs



29.09.: Aktionstag „Umfairteilen“ in Hannover – mit der SoVD-Vors. Ursula Pöhler



28.09.: Eröffnung des Büros von Doris Schröder-Köpf



21.09.: „Rote-Karten“-Aktion auf dem Stöckener Markt



21.09.: Infostand und „Rote-Karten“-Aktion auf dem Klopstockmarkt



19.09.: „Rote-Karten“-Aktion auf dem Moltkeplatz



18.09.: „Müssen wir essen, was auf den Tisch kommt?“ mit Dr. Matthias Miersch



08.09.: Grußwort auf dem Jahnplatzfest  
Foto: Holger Hütte



28.08.: Betriebsbesuch bei der Üstra

## Besuchsgruppen in Berlin



26.09.: Eine Schulkasse der IGS List besucht Berlin



28.09.: Besuch einer weiteren Schulkasse der IGS List im Bundestag

## Vertrauen zurückgewinnen – Finanzmarktkrise bewältigen, VerbraucherInnen dauerhaft schützen

Mitte 2007 brach die Finanzkrise aus. Seit dem jagt eine Krise die nächste. Den Kern der Kritik stellt ein System dar, in dem Banken mit dem Geld der Gesellschaft auf Renditejagd gehen. Eine Renditejagd, für die die Akteure letztlich nicht haften. Die im Raum stehende Frage ist, wie dieser finanzmarktgetriebene Kapitalismus begrenzt werden kann. Peer Steinbrück hat als Antwort darauf sein Papier zur Bändigung des Finanzmarktes herausgegeben. Ein gutes Papier, in dem Peer Steinbrück einen politischen Weg aufzeigt, den entgleisten Bankensektor wieder zurück ins Gleichgewicht zu bringen. Die Kernforderungen werde ich im folgenden vorstellen. Die Rolle der Banken in unserem System hat aber nicht ausschließlich volkswirtschaftliche Relevanz. Vielmehr spüren auch VerbraucherInnen die Auswirkungen – von exorbitant hohen Dispositionszielen bis zur schlechten Finanzberatung. Ich beschäftige mich seit Beginn der Wahlperiode unter anderem mit dem finanziellen Verbraucherschutz. In diesem Rahmen habe ich diverse Anträge und Gesetze zum Anlegerschutz entworfen und wir haben sie als Fraktion in die Debatte des Bundestages eingebracht. Meine Vorschläge zur Verbesserung dieses Problems, möchte ich daher anschließen. An der Entstehung der Finanzkrise waren die Banken beteiligt. Europäische Regierungen haben inzwischen 1,6 Billionen Euro für die Rettung ihres Bankensektors aufgebracht. Das entspricht 13% ihrer Wirtschaftsleistung – ein unglaublicher Betrag. Mit dem von Peer Steinbrück vorgelegten Papier legt die SPD nun als erste Partei ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Lösung der Krisenherde des Finanzsektors vor. Hierin wird unsere Forderung betont, frühzeitig eine **europaweite Finanztransaktionssteuer** einzuführen. Mit den Einnahmen aus der Steuer können zum Beispiel die dringend notwendigen Impulse für Wachstum, Beschäftigung und vor allem für den Kampf gegen die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit in Europa gesetzt werden. Außerdem kann man damit für kommende Krisen im Bankensektor vorsorgen. Eben jene Vorsorge

soll auch durch einen **europäischen Bankenrettungsfonds** erfolgen. Die Banken sollen insgesamt 200 Milliarden Euro selbst vorhalten, um strachelnde Banken retten zu können. **Geschäfts- und Investmentbanken** sollen künftig **getrennt** werden. Denn es darf nicht zulasten der kleinen Sparer und Firmenkunden gehen, wenn sich Banken im Investmentbanking verspekulieren. Daneben müssen **gefährliche Finanzgeschäfte eingedämmt** werden, nämlich all die Transaktionen, die keinen Bezug zur Realwirtschaft haben, zum Beispiel Derivate, mit denen auf die Wertentwicklung künftiger Kurse gewettet wird. Hierzu zählt auch die **Eindämmung von Spekulationen an den Rohstoffmärkten**. Schließlich soll die **Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über große, systemrelevante Banken** übernehmen. Die Aufsicht über kleinere Institute wie Volksbanken oder Sparkassen soll nach unseren Vorstellungen bei den deutschen Finanzaufsichtsbehörden verbleiben.

Eben jene Finanzaufsicht ist auch Anstoß einer meiner großen Forderungen im finanziellen Verbraucherschutz: Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) muss auch im Verbraucherinteresse tätig werden**. Bisher hat sie hierfür keinen eindeutigen Auftrag. Und ohne einen solchen Auftrag tut sie momentan auch nichts im Verbraucherinteresse. Neben der qualitativen Klarstellung muss die BaFin auch in ihrem **Anwendungsbereich erweitert** werden. Während freie Finanzvermittler, -makler und -berater momentan von den Gewerbeämtern beaufsichtigt werden, obliegt die Aufsicht von BankberaterInnen der BaFin. Leider fehlt den meist unterbesetzten Gewerbeaufsichtsamtern in den meisten Fällen die personelle Ausstattung, um dieser Mammutaufgabe gerecht zu werden. Das ist ja auch völlig logisch: Wie soll sich jemand, der für die Beaufsichtigung aller möglichen Gewerbebetriebe zuständig ist mit hoch komplexen Bankprodukten auskennen? Es ist also offensichtlich, dass auch die **freien Finanzvermittler, -makler und -berater unter die Aufsicht der BaFin**

gehören.

Doch wir wollen nicht alle Aufgaben auf die Aufsichtsbehörde verlagern. Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass wir eine Stärkung der Verbraucherinteressen im nichtstaatlichen Bereich benötigen. Um bei Missständen angemessen reagieren zu können, müssen sich Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen auf Augenhöhe begegnen. Einzelne können das nicht schaffen. Daher wollen wir einen **Finanzmarktwächter schaffen**. Hierzu sollen die Verbraucherzentralen ausgebaut werden, um den Markt im Interesse der VerbraucherInnen zu beobachten, unlautere Praktiken aufzuspüren, Hinweise systematisch zu erfassen und Missstände an die Aufsicht weiterzugeben. So schaffen wir es vollumfänglich, auch die Interessen der Nachfrageseite auf dem Finanzmarkt zu sichern.

Eine ganz konkrete Sache möchte ich noch ansprechen: Die Höhe der Dispozinsen. Alle paar Monate geht das Problem durch die Presse: Aktuell liegen Studien des Verbraucherschutzministeriums und der Stiftung Warentest vor, die feststellen, dass die Dispozinsen durchschnittlich deutlich über zehn Prozent liegen. Und das obwohl sich Banken zurzeit so billig Geld leihen können wie noch nie. Diese Differenz betrug vor der Finanzkrise noch acht Prozent. Hier werden Geschäfte zulasten der SchuldnerInnen quersubventioniert. Das darf nicht sein. Daher wollen wir die **Dispozinsen auf acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz begrenzen**.

In all den dargestellten Punkten verharret die schwarz-gelbe Regierung in einer Starre wie eine Schildkröte im Winter. Wie in einem Arbeitsverweigerungsreflex bittet sie die Banken, die Dinge selbst zu regeln. Das beste Beispiel hat Verbraucherschutzministerin Aigner hier geliefert: Noch vor der Sommerpause empört sie sich über die Praktiken der Banken. Im Herbst lädt sie diese zum Kaffeetrinken ein und sieht sie keinen Regelungsbedarf mehr.

**Wir brauchen einen Regierungswechsel!**



## Am 20. Januar 2013 ist Landtagswahl



### *Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

am 20. Januar 2013 wird in Niedersachsen der neue Landtag gewählt. Ich kandidiere im Landtagswahlkreis 25, Hannover-Buchholz, für die SPD. In Hannover bin ich fest verwurzelt, seit nunmehr sechs Jahren bin ich Oberbürgermeister von Hannover, davor habe ich zehn Jahre lang als Kämmerer der Stadt gearbeitet. Ich bin vertraut mit der Situation der Kommunen und weiß, wo der Schuh drückt. Und ich kenne die I(i)ebenswerten Seiten unserer Stadt. Aber ich trete am 20. Januar auch an, um Ministerpräsident für Niedersachsen zu werden. Ich möchte das Land, seine Städte, Dörfer und Regionen fit für die Zukunft machen. „Anpacken. Besser machen.“ – Unter diesem Motto wollen wir uns in den nächsten Jahren für Niedersachsen einsetzen. Es geht um Zukunft und es geht um Gerechtigkeit, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Menschen sind

Arbeitnehmer zweiter Klasse, ob als Leiharbeiter, Zeitarbeiter oder durch Dumping-Löhne. Eine verhängnisvolle Entwicklung, die wir stoppen müssen. Gerechtigkeit heißt auch, dass Frauen und Männer gleiche Chancen haben. Mein Ziel ist ein sozial gerechtes, menschlich und wirtschaftlich starkes Niedersachsen. Ich bin bereit die Verantwortung als Ministerpräsident zu übernehmen.

Ich freue mich über Ihre und eure Unterstützung und darauf, dass ich im Landtag „mein“ Hannover vertreten kann.

Mehr über meine Person und meine politischen Ziele ist auf meiner Internetseite zu finden:  
[www.stephanweil.de](http://www.stephanweil.de)

Mit den besten Grüßen  
**Stephan Weil**



Der **Wahlkreis 25** besteht aus Anderten, Misburg, Groß Buchholz, Bothfeld, Sahlkamp, Lahe und Isernhagen-Süd. Hier kandidiert der SPD-Spitzenkandidat, Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil für den Landtag.

### *Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,*

unsere älter werdende Gesellschaft stellt uns vor Herausforderungen und neue spannende Entwicklungen. Wenn weniger junge und mehr ältere und alte Leute da sind, müssen wir unsere Arbeitswelt neu organisieren. Die Frage, wer für wen sorgt und ob wir genügend junge Menschen zur Versorgung der älteren haben, zwingt uns über neue Wohnformen nachzudenken. Dabei muss Wohnraum bezahlbar bleiben.

Wie können wir Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen in die politische Willensbildung einbinden, damit ihre Anliegen gehört und mit den Anliegen anderer in Einklang gebracht werden? Was müssen wir ändern?

Diese und viele weitere Herausforderungen der Zukunft will ich mit

formulieren und nach politischen Lösungen suchen. Ich denke, dass bei der Gestaltung unserer Zukunft nicht allein diejenigen bestimmen dürfen, die die Welt für sich selbst zum Besten ordnen wollen.

Sozialdemokratische Politik bedeutet neben der Umsetzung der Maximen Gerechtigkeit und Solidarität auch die Haltung für andere etwas zu tun.

Weitere Informationen gibt es auf meiner Internetseite:  
[www.thela-wernstedt.de](http://www.thela-wernstedt.de)

Mit den besten Grüßen  
**Thela Wernstedt**



Im **Wahlkreis 26** (Ahlem, Linden-Limmer, Herrenhausen-Stöcken, Marienwerder, Hainholz-Vinnhorst und Vahrenheide) kandidiert Dr. med. Thela Wernstedt am 20. Januar 2013 für den niedersächsischen Landtag.

## Interview mit Gert Spenz

Vorsitzender Schießsportclub Adlerhorst (SSC)

**Herr Spenz, mit dem SSC Adlerhorst führen Sie einen Verein mit Sitz in der Oststadt. Wie genau setzen sich die Mitglieder zusammen? Viele Vereine haben beispielsweise Probleme, Jugendliche oder Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen.**

Dieses Problem haben wir überhaupt nicht und haben es auch in den letzten Jahrzehnten nicht gehabt. Zur Zeit haben wir Mitglieder mit Migrationshintergrund aus Polen, Kroatien, Tschechien und Weißrussland in den verschiedensten Altersgruppen. Wir hatten auch schon Mitglieder über viele Jahre aus der ehemaligen UdSSR, der Türkei, Spanien, England und dem Libanon. All diese Menschen fanden unsere Schützentradition, gepaart mit dem sportlichen Wettkampf und fröhlichen Vereinsleben toll und haben es wiederum mit ihrer eigenen Kultur bereichert.

**Welche Höhepunkte gibt es außer dem Schützenfest noch im Vereinsjahr des SSC?**

Viele im Laufe eines Jahres. Besonders möchte ich aber unsere Partnerschaft mit einem Schützenverein in Sachsen hervorheben. Bereits 1990 kontaktierte uns der Schützenverein Schönfeld von 1873 aus der Nähe von Dresden. Dort hatte jahrelang unser Vereinsmitglied Achim Haufe gelebt, bevor er in Bauzen einsitzen musste und dann ausgewiesen wurde. Dieser Verein kommt seit 1990 immer mit einer Abordnung zum großen Hannoverschen Schützenfest und wir fahren dann im September zum Gegenbesuch.

Weitere Höhepunkte sind dann natürlich unsere Vereinsfeste, wo wir dann wie jeder andere Sportverein unsere Siege und unseren Verein feiern. Auch versuchen wir hier immer mehr und öfter Gäste mit einzubeziehen aus befreundeten Vereinen, Wirtschaft und der Kommunalpolitik. Es klappt auch immer öfter. Auch unser alle zwei Jahre stattfindender Tag der offenen Tür ist immer wieder ein Höhepunkt.

**Hannover ist die Stadt des Schützenfestes. Welche Probleme haben die Vereine und welche Perspektiven gibt es für sie?**

Ein Grundproblem ist in den Köpfen der Menschen: Wir sind halt kein Ballerverein, die Schützen saufen auch nicht immer. Wir sind ein Sportverein mit Sportgeräten und wir feiern genau wie jeder andere Sportverein unsere Siege und Sieger.

Viele Vereine haben natürlich Probleme im Nachwuchsbereich. Laut Gesetz dürfen Jugendliche erst ab dem 12. Lebensjahr unseren Sport betreiben. In diesem Alter haben sich aber die meisten schon lange für einen anderen Sport entschieden. Viele Vereine, so auch wir, versuchen über das sogenannte Lichtpunktschießen bzw. Laserschießen, die Kinder und Heranwachsenden näher und vor allen etwas früher an unseren Sport heran zu bringen.

Ein weiteres Problem ist leider inzwischen auch die Größe der einzelnen Schützenvereine im Stadtgebiet. Aufgrund der Altersstruktur und der schon erwähnten Nachwuchsprobleme sind doch viele Vereine auf Mitgliederzahlen gesunken, die ein Vereinsleben nicht mehr möglich machen. Hier bleibt für die Zukunft nur die Fusion, um zu überleben.

Eine vermehrte, bessere und vor allen positivere Außendarstellung durch die Medien wäre auch sehr von Vorteil. Schauen Sie doch mal am Montag in die Hannoverschen Tageszeitungen, mehrere Seiten mit Ergebnissen und Tabellen über Fußball, Handball, Eishockey bis in die untersten Klassen, aber nicht einen Satz, geschweige denn Ergebnisse oder Tabellen vom Schießen. Aber auch hier gibt es jede Woche Wettkämpfe, bis hoch in die Bundesliga. Das ist aber anscheinend nicht interessant genug für die Medien.

**Wie wichtig sind für Sie Kontakte zur Politik?**

Ich musste lernen, dass es manchmal doch sehr hilfreich sein kann, den einen oder anderen zu kennen, speziell



auch aus der Kommunalpolitik. Wir brauchen die Kontakte, um sicherstellen zu können, dass das Vereinsleben in unserer Stadt auch weiterhin so intensiv gelebt werden kann. Nur durch die Kontakte und persönlichen Gespräche können wir unsere Sorgen und Probleme an den richtigen Stellen und bei den verantwortlichen Personen vorbringen.

**Welche Anforderungen stellen Sie an Politik?**

Dass die Politik und damit unsere gewählten Volksvertreter uns als Verein und ehrenamtliche Mitmenschen noch mehr wahr- und ernst nehmen. Das sie für ein gut funktionierendes Vereinsleben nicht so viele Hindernisse wie Gesetze, Verordnungen und/oder Verbote in den beschwerlichen Weg von Vereinsfunktionären legen. Macht alles einfacher und verständlicher, denn sonst wird es in ein paar Jahren niemanden mehr geben, der sich auskennt und engagiert.

Persönlich stelle ich an unsere Politik und damit an unsere Politiker eigentlich nur folgende Anforderungen: Mehr Transparenz, mehr Bescheidenheit und ganz viel Ehrlichkeit.

### Der SSC Adlerhorst

1965 wurde der Schießsportclub (SSC) Adlerhorst mit Sitz in der Oststadt gegründet. In der Gretchenstraße befinden sich Clubräume und Schießstand. Die rund 65 Mitglieder trainieren mit Luftgewehr oder Luftpistole.

Weitere Informationen auf:  
[www.ssc-adlerhorst.com](http://www.ssc-adlerhorst.com)



## Programm „Soziale Stadt“ weiter entwickeln

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dennoch hat die Bundesregierung 2010 die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 70 % (von 95 Mio. auf 28,5 Mio.) gekürzt. Nach vielen Protesten hat sie nunmehr einen Teil der Kürzungen für das Haushaltsjahr 2013 zurückgenommen auf nunmehr noch 52 % des Ursprungsansatzes (50 Mio.).

In Hannover sind von dieser Kürzung die Stadtteile Sahlkamp, Hainholz und Stöcken betroffen. Gutachten belegen, dass ein Bedarf von 150 Mio. benötigt wird, um drängende Maßnahmen im Rahmen der „Sozialen Stadt“ durchführen zu können. Deshalb haben wir als SPD in unserem Haushaltsantrag auch diese Summe gefordert und werden diese Notwendigkeit auch massiv politisch vertreten. Darüber hinaus fordern wir in einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung auf, das Programm „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt weiter zu entwickeln und es entsprechend auskömmlich zu finanzieren. Der kooperative, fachübergreifende und partizipierende Ansatz des Programms ist zu stärken. Die Verzahnung mit öffentlichen Institutionen ist sicher zu stellen. Auf europäischer Ebene soll auch im europäischen Strukturfonds die soziale Dimension der Stadtentwicklung als Förderziel festgelegt werden.

### Impressum:

kontakt | Ausgabe 4/2012 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack  
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover  
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de  
Redaktion: Thilo Scholz  
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.10.2012  
Nächster Erscheinungstermin: 01/2013

### Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com  
s. 2 Jahnplatzfest | Holger Hütte  
S. 4 Stephan Weil, Thela Werstedt | Susie Knoll  
S. 5 Gert Spenz | Gert Spenz  
S. 6 Soziale Stadt | Martin Hanske

## Aus meinem Terminkalender November 2012 bis Januar 2013

- 5.-9. Nov. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 8. Nov. Besuch einer Schulklasse des Bildungswerks der nds. Wirtschaft im Reichstag, Berlin
- 10. Nov. Demonstration für eine faire Agrarpolitik, Hannover
- 10. Nov. SPD-Landesparteitag, Wolfsburg
- 12. Nov. Mitgliederversammlung SPD Groß Buchholz, Hannover
- 13. Nov. Projektvorstellung WA.L.K, Hannover
- 14. Nov. Mitgliederversammlung SPD Vahrenwald, Hannover
- 15. Nov. Besuch der Leinetal-Privatschulen in Kleefeld, Hannover
- 15. Nov. Mitgliederversammlung der SPD Bothfeld und der SPD Vahrenheide-Sahlkamp, Hannover
- 16. Nov. Vorlesen im Rut-Bahlsen-Zentrum für integrative Erziehung anlässlich des bundesweiten Vorlesetages, Hannover
- 16. Nov. Jahresabschlusstreffen der SPD Oststadt-Zoo, Hannover
- 17. Nov. Wurstessen beim Kleingartenverein Flora, Hannover
- 18. Nov. AWO-Großkonzert, Hannover
- 19.-23. Nov. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 23.-25. Nov. AWO-Bundeskonferenz, Bonn
- 26.-30. Nov. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 28. Nov. Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
- 28. Nov. Besuch einer Schulklasse der IGS List im Reichstag, Berlin
- 28. Nov. Podiumsdiskussion Bankenverband, Berlin
- 29.-30. Nov. Besuchergruppe aus Hannover, Berlin
- 29. Nov. Unterschriftenliste „Soziale Stadt“ wird Bundesbauminister überreicht, Berlin
- 29. Nov. Gespräch mit AktivistInnen der „Hannoverschen Initiative für Soziale Stadt“, Berlin
- 30. Nov. Besuch einer Schulklasse der Förderschule Albrecht Dürer im Reichstag, Berlin
- 30. Nov. Grünkohlessen der SPD Misburg, Hannover
- 1. Dez. Benefiz-Keksverkauf auf dem Opernplatz, Hannover
- 4. Dez. Besuch der Käthe-Kollwitz-Schule in Groß Buchholz, Hannover
- 4. Dez. Weihnachtsschießen des SSC Adlerhorst, Hannover
- 6. Dez. Besuch bei Pro Beruf, Hannover
- 6. Dez. Weihnachtsfeier des SoVD List, Hannover
- 6. Dez. Schützenverein Vahrenwald, Hannover
- 8. Dez. Infostände der SPD Groß Buchholz und Bothfeld, Hannover
- 9. Dez. Bundesparteitag der SPD, Hannover
- 10.-14. Dez. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 14. Dez. Gespräch mit IG BCE Ortsgruppe Hannover/Nord-Ost im Reichstag, Berlin
- 14. Dez. Weihnachtsfeier und Jubilarehrung der SPD Anderten
- 16. Dez. Siegerehrung beim Skatturnier der SPD Vahrenheide-Sahlkamp, Hannover
- 16. Dez. Jubilarehrung der SPD Kleefeld, Hannover
- 17. Dez. Besuch einer Klasse der Brüder-Grimm-Grundschule bei den Kindertagen des Bundestages, Berlin
- 17. Dez. Veranstaltung zum Verbraucherschutz, Neuenkirchen bei Soltau
- 21. Dez. Vorlesen eines Weihnachtsmärchens im Theater in der List, Hannover
- 29. Dez. Sitzung der Kleinkunst-Jury, Hannover
- 5. Jan. Neujahrsgruß der SPD List-Süd in der Lister Meile, Hannover
- 6. Jan. Eiswette der SPD am Kanal, Hannover
- 6. Jan. Stephan-Weil-Fußball-Cup, Hannover

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf [www.kerstin-tack.de](http://www.kerstin-tack.de)

## BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

5. Dezember 2012 von 14:00 bis 16:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an [kerstin.tack@wk.bundestag.de](mailto:kerstin.tack@wk.bundestag.de)